

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat L.—R.

Nummer 32

Düsseldorf, den 13. August 1932

Versandort Krefeld

Nach der Entscheidung

Die Fronten stehen klar. — Soziale Politik oder Reaktion? — Gewerkschaftlicher Selbstschutz tut not!

M. Wochten Politiker mit dem Rechenstift über Additionen und Subtraktionen sich die Köpfe zerbrochen und bei der Berechnung der Chancen der einzelnen Parteilisten für die Wahlen des 31. Juli alle möglichen und unmöglichen Ergebnisse gesucht haben; für den Gewerkschaftler konnte das Ergebnis dieser Wahl kaum überraschend sein. Wenn er es auch jenen Rechenkünstlern nicht gleichgültig konnte und ihm ihre Zahlen-Manipulationen fremd blieben, so hatte er in der Gesamtbeurteilung der politischen Lage und des Ergebnisses, das sie am 31. Juli in der Wahlbilanz zeigen mußte, vor ihnen eines voraus: Er kennt, mit dem Volke verbunden, die Stimmung des Volkes und weiß, was im Volke vorgeht. Er fühlt jene politischen Strömungen, die andere mit dem kalten Griffel zu berechnen suchen; er steht selbst in der Atmosphäre drin, die die Stimmung des Volkes bestimmt. Danach aber beurteilt er die voranzuziehenden politischen Entscheidungen.

Aus dieser Kenntnis der politischen Atmosphäre aber war es dem Gewerkschaftler auch möglich, im Gesamtpolitischen das Ergebnis dieser Wahlen vom 31. Juli vorausszusehen. Vorausszusehen war für ihn insbesondere die Tatsache, daß der Nationalsozialismus als politische Massenbewegung am Ende seiner Reserven stand, und daß ihm kaum noch eine bedeutende Stärkung seiner Position möglich sein würde. Der Gewerkschaftler erkannte insbesondere, daß jene für eine politische Massenbewegung der Opposition, wie der Nationalsozialismus, die in den Groß- und Schwerindustriebezirken für ein weiteres Anwachsen der Bewegung keine Reserven mehr boten. Eine Tatsache, die nicht zuletzt dieser Bewegung Stillstand bot. Der Gewerkschaftler erkannte im voraus zum andern den bevorstehenden weiteren Verfall all jener bedeutungslosen Interessen- und Splitterparteien und jener haltlos gewordenen ehemals „bürgerlichen“ Mittelstandsparteien, die zwischen den Mühlsteinen einer grundförmlich politischen Auseinandersetzung zermahlen werden mußten, weil ihnen das grundförmlich politische und weltanschauliche Fundament fehlte. Nicht zuletzt diese Bedeutung der grundförmlich politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzung in der Entscheidung des 31. Juli erkannte der Gewerkschaftler. Die Entwicklung hat ihm auch hier recht gegeben. Letzten Endes ist im großen gesehen das Ergebnis des 31. Juli eine grundförmliche Scheidung der Geister: des Nationalsozialismus und des Sozialismus als Weltanschauung — ad der christlichen Weltanschauung.

Was im Nationalismus und Sozialismus zum einen sich entgegensteht, und was im positiv Christlichen zwischen jenen beiden Gruppen steht, ist mehr als parteipolitische Einstellung — ist Weltanschauung überhaupt.

In nüchternen Zahlen- und Größenverhältnissen ausgedrückt, zeigt sich die Bestätigung dieser richtigen gewerkschaftlichen Beurteilung der politischen Entscheidung im Ergebnis der Wahlen: Der erwartete Rückzug nach rechts ist nicht eingetreten. Die nationalsozialistische Partei hat auch unter Einbeziehung der deutschnationalen keine absolute Mehrheit erreicht. Der „Margarismus“ ist nicht zerfallen worden. Im Gegenteil: 230 Nationalsozialisten stehen nach wie vor 222 „Margaristen“ gegenüber. Die Sozialdemokraten haben ihre Stellung behauptet, der Kommunismus einen erheblichen Stimmenzuwachs erreicht. Aus den aufgeriebenen Mittelstandsparteien aber ist ein achtunggebietender Weltanschauungsblock von Zentrum und Bayerischer Volkspartei hervorgegangen, der innerlich fester denn je dasteht. Der Radikalismus aber von rechts und links ist kaum Abbruch geschehen. Beide Gegengruppen haben höchstens ihre gegnerische Stellung zueinander gefestigt, der Kommunismus dabei vom Nationalsozialismus noch eine beträchtliche Stärkung erfahren.

Gesamtpolitisch betrachtet aber hat keine der beiden entgegengesetzten Gruppen ein entscheidendes, ausfüllgebendes Übergewicht erhalten. Keine hat eine absolute Mehrheit erzielt und weder der „Nationalismus“ den „Margarismus“, noch der „Margarismus“ den „Nationalismus“ zu verdrängen oder entscheidend zu schlagen vermocht. Die Fronten stehen gleich stark gegenüber, eine grundförmliche Veränderung ihrer äußeren und inneren Stärke hat die Wahl nicht gebracht. — Wenn man von

einer „inneren Stärke“ in der Front der Nationalsozialisten überhaupt sprechen kann. —

So ist, was der Reichskanzler v. Papen erwartete — „den einzigen Willen zum Reich durch diese Wahlen neu und fester zu zimmern“ —, nicht eingetreten. Nicht eingetreten ist auch die Hoffnung der gegenwärtigen Reichsregierung, die von diesen Wahlen eine Bestätigung ihrer nationalen Sendung und eine Stärkung ihrer Stellung erwartete. Weder eine nationale noch eine irgendwie anders geartete Mehrheit ist da. Da ist höchstens eine bezeichnende Höchstzahl von 452 sozialistischen Mandaten (von 607), die aber ihrerseits wiederum in einem Sozial-

Der Wille der christl. Gewerkschaften

Am 3. August war in Berlin der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften versammelt, um zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Es war die einhellige Ansicht des Vorstandes, daß seitens der Gewerkschaften alles getan werden muß, um weiteren Verschlechterungen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorzubeugen, und daß dafür die sofortige Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen in Reich und Ländern erforderlich ist. Besonderer Nachdruck wurde auf die Unantastbarkeit der staatsbürgerlichen Freiheit, sowie der Koalitions- und Versammlungsfreiheit gelegt.

Im Hinblick auf die Erfahrungen der ganzen Zeit nach dem Kriege ist die Erhaltung und Stärkung der gesellschaftlichen Arbeiterstellung und staatsbürgerlichen Arbeiterrechte nur dann zu erwarten, wenn die Gewerkschaften ihre Schlagkraft steigern.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften richtet deshalb an alle Gliederungen in Stadt und Land die eindringliche Aufforderung zur Entfaltung der größtmöglichen Aktivität in der Werbung neuer Mitglieder und zur schärfsten Zurückweisung aller Angriffe auf die Gewerkschaften und ihre Bestrebungen.

lismus buntester Farben sich art. Da ist eine nationalsozialistische Rechte der Minderheit mit Meinungen, deren „Einheitlichkeit“ das wiederholte Scheitern der Harzburger Front oft und deutlich genug dokumentiert hat. Da ist zum andern eine Minderheit der Linken, die bewußt aus der Mitverantwortung und Mitarbeit ausgeschlossen wurde und deren positive staatsbereite Gesinnung in einer bedauerlichen Weise ignoriert wurde. Da ist endlich ein christlich-weltanschaulicher Mittelblock, der zwischen beiden Extremen steht und damit wiederum eine große verantwortungsvolle staatspolitische Sendung erhält.

Eine Bestätigung der Regierung Schleicher von Papen ist dieses Ergebnis jedenfalls keineswegs. Wenn Herr von Papen den alten Reichstag auflöste in der Hoffnung, durch die Neuwahl einen „regierungsfähigen“ neuen Reichstag zu erhalten, dann ist er bitter enttäuscht worden. Noch weniger als das alte Parlament wird dieser neue Reichstag eine Schleicher-von-Papensche Regierungsmehrheit zustande zu bringen in der Lage sein.

Die politische Forderung aus diesen Gegebenheiten.

War die Regierung Brüning eine Regierung der schwankenden Mehrheit, dann wird die Regierung Schleicher-von-Papen eine Regierung ohne Mehrheit sein. Das Volk kann dennoch nicht ohne politische Führung sein. So steht als Gegebenheit vor uns die Tatsache einer Regierungsführung, die entweder aus Tolerierung und Konzessionierung, d. h. aus politischer Unfreiheit und Ab-

hängigkeit von den einzelnen Gruppen überhaupt nicht loskommt oder aber eine „Regierung, die sich ungeachtet parlamentarischer Gegebenheiten über das Parlament“ stellt, wie man es von den verschiedenen Seiten längst fordert. Wir verkennen die Mängel des gegenwärtigen Parlamentarismus in Deutschland keineswegs. Wir sehen dennoch außerordentlich ernste Gefahren, die sich aus dem Rufe: „Los von der Parlamentswirtschaft — Hin zur Demokratie der unbedingten Staatsführung und Führungsgewalt“ und dem, was dahinter steht, ergeben. So müssen wir all jenen Bestrebungen, die aus dem Ergebnis der Wahlen die Folgerung einer „Reform des Parlamentarismus“ erheben, mit äußerster Reserve und stärkstem Mißtrauen begegnen.

Die vordringlichste, nächstliegende Frage wird so für die gegenwärtige Regierung ohne Zweifel die sein müssen, ob sie sich dieser schwankenden Situation zwischen Tolerierung durch Nationalsozialisten und Ablehnung durch Sozialisten und Kommunisten und gegenüber der Referendstellung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gewachsen zeigt. Es ist nicht nur unsere Meinung, wenn wir dabei die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Mitverantwortung fordern. Den Weg zur gemeinsamen politischen Aufbauarbeit mit links hat diese Regierung sich endgültig verlegt. Sie bleibt angewiesen auf ein Regieren mit der Rechten. Jene Partei aber, die auf der Rechten als stärkste und als stärkste Partei überhaupt dasteht, hat nicht nur ein Recht noch der Macht zu

Mit der Aufstellung von Programmen beweist man nichts. Ebenförmig beweist man mit Bereitschaftserklärungen zur Verantwortung. Beweise bringen nur Taten. Dieses Einbeziehen der Nationalsozialisten in die Verantwortung mag auf verschiedenen Wegen möglich sein. An sich aber ist es eine Notwendigkeit, an der politisch niemand mehr vorbeikommt. —

Eine andere Frage ist jene, wie eine solche bevorstehende politische Entwicklung sich für die Arbeiterschaft auswirken muß. Wir sind nicht so optimistisch zu glauben, daß eine Regierungstätigkeit unter offener oder stillschweigender Tolerierung der Nationalsozialisten schon deshalb, weil jene sich „Arbeiterpartei“ nennen, auch die Garantie einer sozialen Politik gibt. Die bisherigen Erfahrungen mit der gegenwärtigen Reichsregierung haben uns des Gegenteils belehrt. Der Kurs aber, mit dem gewisse Leute durch eine parlamentarisch unabhängige Regierung, d. h. eine Regierung der unbedingten absoluten Gewalt, ihre politischen Ziele verfolgen möchten, hat mit sozial und sozialen Begriffen überhaupt nichts zu tun.

So ergeben sich für uns insbesondere als Arbeiterbewegung bei der Betrachtung der politischen Lage außerordentlich ernste Bedenken. Bedenken zunächst in der Frage, wie und ob es überhaupt der politischen Führung des deutschen Volkes gelingen wird, die auseinanderstrebenden gegnerischen politischen Kräfte auf weite Sicht zu sammeln und zu gemeinsamem staatspolitischen Aufbau zu vereinen. Zum andern aber die Sorge, wie es um die Interessen der Arbeiterschaft in der künftigen politischen Entwicklung bestellt sein wird. Setzen wir uns dabei über eines klar: es hieße Illusionen und Wunschbildern nachhängen, wenn wir glauben wollten, angesichts dieser gesamtpolitischen Entwicklung noch viel vom Staate und vom sozialen Schutz des Staates erhoffen zu können. Mehr denn je wird — wie wir es wiederholt an dieser Stelle betonten — angesichts dieser Entwicklung der gewerkschaftliche Selbstschutz für die Arbeiterschaft zur Notwendigkeit. Was sie durch die politische Entwicklung an Einfluß auf den Staat und sozialer Geltung in der politischen Führung des Staates verlor, kann sie nur wieder erreichen und sich im gesamtpolitischen Handeln sichern durch ihre gewerkschaftliche Organisationsarbeit.

Im Hinblick auf ihre weltanschauliche Stellung in dieser Entwicklung aber kommt unser christlichen Gewerkschaften dabei eine besondere Mission und Bedeutung zu. Tragen wir Sorge, ihnen durch unser Handeln — durch geschlossenes Eintreten für unsere Bewegung und durch intensive Werbe- und Aufklärungsarbeit — dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Arbeitslosenversicherung — Krisenfürsorge Wohlfahrt

Verteilung der Arbeitslosen auf Unterstützungsarten.

Die letzten Veröffentlichungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weisen nach den vorläufigen Ergebnissen für den 30. Juni 1932 eine Zahl von rund 5 476 000 Arbeitslosen auf. Davon waren 941 000 (17,2 v. H.) Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 1 544 000 (28,2 v. H.) Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge und 2 163 000 (39,5 v. H.) Wohlfahrtsarbeitslose. Der verbleibende Rest von 828 000 (15,1 v. H.) Arbeitslosen erhielt keinerlei Unterstützung. Ende Dezember 1931 waren nach den Berichten der Reichsanstalt bei den Arbeitsämtern 5 688 187 Arbeitslose insgesamt festgelegt worden. Davon erhielten 1 641 831 Arbeitslosenunterstützung, das sind 29 v. H., 1 506 036 (26,6 v. H.) Krisenunterstützung, und 1 565 346 (27,6 v. H.) waren Wohlfahrtsarbeitslose. Keine Unterstützung erhielten 954 974 (16,8 v. H.) Arbeitslose. In der Zeit von Ende Dezember 1931 bis Ende Juni 1932 ist also eine wesentliche Verschiebung in der Verteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Unterstützungsarten eingetreten. Während Ende Dezember 1931 noch die drei Unterstützungsarten, Arbeitslosenversicherung, Krise und Wohlfahrt, fast gleichmäßig besetzt waren, ist jetzt eine starke Abnahme in der Arbeitslosenversicherung und dafür eine geringe Zunahme in der Krise und eine beträchtliche Zunahme in der Wohlfahrt eingetreten. Der Anteil der von der Arbeitslosenversicherung betreuten Erwerbslosen ist in dieser Zeit von 29,0 v. H. auf 17,2 v. H. zurückgegangen. In der Krisenfürsorge ist der Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 26,6 v. H. auf 28,2 v. H. gestiegen, und in der Wohlfahrt ist sogar eine Zunahme von 27,6 v. H. auf 39,5 v. H. zu verzeichnen. Der Anteil der Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten, ist von 16,8 v. H. auf 15,1 v. H. zurückgegangen. Dieser Rückgang kann nur so erklärt werden, daß solche Arbeitslose sich bei den Arbeitsämtern überhaupt nicht mehr als arbeitslos melden. Zum Teil dürften sie auch, besonders in der Landwirtschaft und den sonstigen Saisonberufen, Beschäftigung gefunden haben.

Die Zahl der Arbeitslosen Ende Juni 1932 ist mit 5 476 000 gegenüber Ende Dezember 1931 um rund 192 000 oder 3,4 v. H. zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung ist die Zahl der Unterstützten in der gleichen Zeit aber um 42,7 v. H. auf 941 000 gesunken. Trotz der Abnahme der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist in der Krisenfürsorge eine Steigerung um 2,5 v. H. auf 1 544 000 eingetreten. Den größten Zustrom hat aber die Wohlfahrtsfürsorge erfahren. Hier beträgt die Zunahme 38,2 v. H. seit Ende Dezember 1931. Die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen ist um 13,8 v. H. auf 828 000 gesunken. Der Ordnung halber sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den Zahlen für Juni 1932 um vorläufige und für Dezember 1931 um endgültige Ergebnisse handelt, jedoch hier und dort kleine Änderungen möglich sind. Dadurch kann das Gesamtbild aber keine entscheidende Verschiebung erfahren.

Die Tendenz der Entlastung der Arbeitslosenversicherung und der Mehrbelastung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt ist nicht erst innerhalb des letzten halben Jahres zu bemerken. Schon für die Zeit von Ende Juni bis Ende Dezember 1931 konnten ähnliche Beobachtungen gemacht werden. Ende Juni 1931 verzeichneten die Arbeitsämter insgesamt 3 953 946 Arbeitslose. Damals wurden noch 35,7 v. H. aller Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung betreut, 23,8 v. H. von der Krisenfürsorge und 25,7 v. H. von der Wohlfahrt. 14,8 v. H. erhielten keine Unterstützung. In diesem Zeitraum betrug die Zunahme der Arbeitslosigkeit rund 43,4 v. H. Die Erhöhung der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung betrug aber nur 16,3 v. H. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge stieg dagegen um

Wahlbetrachtungen

Gewerkschaftliche Schlussfolgerungen

Der 31. Juli 1932 wird für den in den letzten Jahren mächtig angeschwollenen Rechtsradikalismus eine nicht geringe Enttäuschung gebracht haben. Die Hoffnungen auf diesen Tag waren recht weit gesteckt. Wurde doch in Wort und Schrift immer wieder mit größter Selbstverständlichkeit betont, daß mit diesem Tage die Übernahme der Staatsmacht durch den Nationalsozialismus Wirklichkeit werde. Dem an dieser Behauptung zweifelnden Zeitgenossen konnte es sehr leicht passieren, daß er von Unentwegten ob dieser seiner Meinung körperlich zu Schaden kommen konnte. So sehr hatte sich dieser Glaube auf den entscheidenden Sieg am 31. Juli durch unaufhörliches „Tronmeln“ in den Köpfen der „Geführten“ einnisteln können. Und nun das Ergebnis dieses 31. Juli? Es hat dem Nationalsozialismus deutlich aufgezeigt, wo die Grenzen dieses — sicherlich respektablen — Aufschwunges seiner Partei liegen.

Von der Erringung der Alleinherrschaft ist der Nationalsozialismus nach dem 31. Juli 1932 weiter denn je entfernt. Sein gegenüber den bisherigen Wahlen im Durchschnitt nur geringer Fortschritt bei dieser Wahl beweist, daß es mit der Gewinnung neuer Massen vorbei ist. Besonders deutlich tritt diese Erscheinung in den größeren Städten hervor. Es ist vielfach nicht nur kein Fortschritt, sondern vielmehr ein Rückgang der Stimmzahl zu verzeichnen. Somit ist klar erwiesen, daß der Höhenpunkt der Entwicklung für die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ bereits überschritten ist.

Diese Klärung der parteipolitischen Verhältnisse ist für die Weiterentwicklung unseres Volkes sicherlich erfreulich. Besonders die deutsche Arbeiterbewegung kann mit dem Ausgang dieser Wahl, die dem Rechtsradikalismus ein deutliches Halt gebot, zufrieden sein. Dieses zuversichtliche Urteil braucht auch deshalb nicht getrübt zu werden, weil der Linksradikalismus verhältnismäßig starken Auftrieb bekommen hat. Nach den katastrophalen Auswirkungen der letzten Notverordnung auf das Budget der Arbeiterfamilien mußte mit dieser Entwicklung gerechnet werden.

Trotzdem bleibt auch nach der Wahl die Situation für die Arbeitnehmer gefährlich. So sie ist vielleicht gefährlicher denn je. Die Bildung einer parlamentarischen Regierung dürfte, wenn nicht unmöglich, so doch außerordentlich erswert sein. Dadurch wird es sehr wahrscheinlich, daß die derzeitige, alles andere als arbeiterfreundliche Regierung, vorläufig weiter in Amt und Würden bleibt. Die bisherigen Taten dieser Regierung sind bestimmt nicht dazu, daß die Arbeiterschaft ihr Vertrauen entgegenbringen könnte. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß der Abbau des „Wohlfahrtsstaates“ in dem jüngst eingeschlagenen Tempo fortgeführt wird.

Zwar will es der Nationalsozialismus nicht wahrhaben, daß er eine arbeiterfeindliche Politik treibt. Im

Gegenteil! Er gibt sich vielmehr als die einzige Partei aus, die die wahren Arbeiterinteressen zu vertreten in der Lage sei. Dabei haben zwei Monate Kabinett „Papen“ genügt, dem Arbeitnehmer recht drastisch vor Augen zu führen, welcher Art die Interessendekretung dieser Partei für ihn ist. Denn trotz aller Ablehnungsversuche während des Wahlkampfes steht es doch unumstößlich fest, daß die unsozialen Handlungen der neuen Regierung nur möglich waren, weil die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ sich nicht entschieden gegen diese antisozialen Maßnahmen gewandt hat. Wie könnte es auch anders sein? Der Ausgang der Wahl hat wieder ganz klar gezeigt, daß alle reaktionären bürgerlichen Kreise sich in dieser Partei zusammengefunden haben. Arbeiter wird es in ihr nur verhältnismäßig wenige geben. Deshalb hat sie es auch nicht nötig, sich der Interessen der Arbeitnehmer besonders anzunehmen.

Für die deutsche Arbeiterschaft ergibt sich aus dem Wahlergebnis mit zwingender Deutlichkeit, daß der Stimmentwurf allein nicht das Allheilmittel sein kann, welches geeignet ist, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. Gewiß vermag ein der Arbeiterschaft günstiges politisches Wahlergebnis die sozialen Belange der Arbeitnehmer zu fördern. Aber diese Belange intensiver und durchschlagend wahrzunehmen, ist doch nur einer starken Gewerkschaftsbewegung möglich. Gerade das Wahlergebnis vom 31. Juli mit seinem starken Auftrieb des Links- und Rechtsradikalismus macht eine starke Berufsorganisation für den Arbeitnehmer unentbehrlich. Das neue Parlament wird in seiner Zusammenfassung kaum in der Lage sein, positive Arbeit zu leisten. Bei dem bedeutenden Einfluß reaktionärer Kreise im neuen Reichstag wird erst recht keine Möglichkeit gegeben sein, Sozialpolitik im Sinne der Arbeiterschaft zu machen.

Deshalb muß der Ausgang der Wahl dem Arbeiter den Willen zur gewerkschaftlichen Organisation neu stiften. Je mächtiger die Reaktion ihr Haupt erhebt, um so stärker muß dieser Wille zum Ausdruck kommen. Nichts ist in dieser schicksalschweren Zeit für die Arbeiterschaft so gefährlich, als die Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit. Mit einer Arbeiterschaft, die auch in Zeiten der Krise ihrer Organisation die Treue hält und nach außen als geschlossene Macht auftritt, wird man immer rechnen müssen. Dagegen ist eine Arbeiterschaft, die ihre Organisation im Stiche läßt, ein Spielball in den Händen des reaktionären Arbeitgeberstums.

So möge denn der Ausgang der Wahl vom 31. Juli auch den letzten Arbeiter klar erkennen lassen, was für ihn auf dem Spiele steht. Ohne schlagkräftige Organisation wird es nicht möglich sein, die drohenden Gefahren zu bannen. Deshalb seien den kommenden Wochen und Monaten der Ausbau und die Stärkung unserer Bewegung oberstes Gebot. R. W.

In diesen Zahlen kommen die Auswirkungen der letzten Notverordnung, die eine weitere Verhäufung der Unterhaltungsdauer in der Arbeitslosenversicherung gebracht hat, noch nicht zum Ausdruck. Es besteht kein Zweifel, daß in Zukunft diese Entwicklung weitere Fortschritte macht. Das bedeutet, daß in Zukunft von einer Arbeitslosenversicherung kaum mehr die Rede sein kann, wenn von der Versicherung vielleicht höchstens 10 v. H. aller Arbeitslosen betreut werden.

Arbeitsbeschaffung in aller Welt

Die deutsche Regierung verhandelt in diesen Tagen wiederum mit der Reichsbank, um die Finanzierung eines erweiterten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu ermöglichen. Bis jetzt hat sich die Reichsbank bereit erklärt, für einen Betrag von fast 200 Millionen RM. Wechsel zu diskontieren. Sie hat aber zehnjährige Bedingungen für die Güte des Wechselmaterials gestellt, so daß eine Ausweitung dieser Programme wohl kaum möglich ist. Während so in Deutschland erneut die Verhandlungen mit dem Ziel einer Erweiterung der Arbeitsbeschaffung laufen, hat sich der Völkerbundrat in seinem Interimsrat für öffentliche Arbeiten erneut mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale öffentliche Arbeiten beschäftigt. Bisher konnte der zehnjährige Interimsrat nur eine geringe Anzahl von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, so daß der Völkerbundrat zu dem Ergebnis kam, zu nächst die Entscheidungen zu verschieben. Diese Verschiebung hat ihre eigentliche Ursache aber in der Unmöglichkeit der Finanzierung der bisher empfohlenen Arbeitsbeschaffungen, da das Finanzkomitee bezüglich der Finanzierungsbedingungen große Bedenken geäußert hat. Zwar hat jenseitig der Völkerbundrat den Interimsrat für öffentliche Arbeiten am Beschäftigungsplan seiner Arbeiten gebeten, aber die nötige Lösung des Interimsrat ist erst Anfang September dieses Jahres statt. In der Zwischenzeit hat der Generalsekretär des Völkerbundes an alle Mitgliedsstaaten ein Rundschreiben versandt, in dem er den Termin der nächsten Tagung des Interimsrat mitteilt und die Regierungen der Mitgliedsstaaten bat, alle für internationale Arbeitspläne in Betracht kommenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bald mitzuteilen und dem Interimsrat in kürzester Frist die von ihm gewünschten näheren Angaben zu den bereits geplanten Plänen öffentlicher Arbeiten vorzulegen.

Auch Frankreich hat gewisse Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Förderung öffentlicher Arbeiten ergriffen. Schon in einem früheren Bericht über die Finanzpläne in Höhe von 200 Millionen Francs (100 Franken = 16,48 RM.) für öffentliche Arbeiten wurde dem Kommissar und Departements die Möglichkeit der Finanzierung dieser Arbeiten gegeben. Diese Finanzierungsmaßnahmen wurden nach Einholung von Gutachten des Finanz- und des Finanzministeriums durch das Arbeitsministerium vorgegeben. Der Anteil der einzelnen Kommissar und Departements wird von der Höhe der Erwerbslosen in diesen Bezirken bestimmt. Die Finanz-

gütungen dürfen für eine Dauer bis zu 40 Jahren gewährt werden, und der Mindestzinsfuß, den die einzelnen Kommunen oder Departements weiter zu tragen haben, darf nicht niedriger als 2 v. H. sein. Gemäss Richtlinien warfen ferner die Art der Arbeiten, die mit diesen Anleihen ausgeführt werden dürfen. Danach müssen die beschäftigten Arbeitslosen mindestens einen Monat beim Arbeitslosenfonds als arbeitslos gemeldet sein. Ihre Lohn bei den Auftragsarbeiten darf nicht niedriger sein als der für diese Arbeiten sonst üblicherweise gezahlte Lohn. Die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage wird für jede einzelne öffentliche Arbeit durch einen Erlaß des Arbeitsministers festgelegt. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitspläne und die Arbeitsbedingungen von Finanzministern geprüft werden müssen, bevor sie an den Arbeitsminister zur Bewilligung weitergeleitet werden.

Der italienische Staat hat eine besondere Anleihe in Höhe von einer Milliarde Lire (100 Lire = 21,22 RM.) aufgelegt, deren Ertrag zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten herangezogen werden soll. Alle 750 Millionen Lire sollen zu verschiedenen Arbeiten verwendet werden, insbesondere zur Unterhaltung des Seebahns, zum Bau von Kanälen und zur Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen in verschiedenen Gegenden. Weitere 100 Millionen Lire gehen der Ausbesserung von Kriegsschiffen und Erdbebenschäden zur Verfügung, und 50 Millionen Lire sind zum Bau von Eisenbahnen, u. a. für die Eisenbahnlinie Bologna-Florenz, eingeseht. Der Rest der Anleihe soll für die Finanzierung der Arbeiten des Aquadukt in Apulien verwendet werden. Hier besonders Gegenstände regeln die Beschäftigung der öffentlichen Arbeiter, die insbesondere zur Verbesserung der hygienischen Zustände der allgemeinen Arbeitslosigkeit bestimmt sind. Nach einer Erklärung des zehnjährigen Interimsrat werden die Arbeiter nach einer Art Kampfergebnis bei diesen Arbeiten beschäftigt werden. Im Staatsrat für das Rechnungsjahr 1932/33 ist nach einer Erklärung des Finanzministers für vorläufige Erwerbslosenpläne ein Betrag von 250 Millionen Lire eingeseht worden. Dieser Betrag übersteigt die Gesamtschulden des gegenwärtigen Rechnungsjahres um 138 Millionen Lire.

Schon im Frühjahr 1932 hat die finnische Regierung einen Beschäftigungsplan aufgestellt, der sich mit den Ursachen, den Maßnahmen und dem besonderen Verfahren der Arbeitslosigkeit in Finnland beschäftigen sollte. Dessen Ausmaß war angegeben worden, Beschlüsse zur Verbesserung und Bekämpfung der Ar-

beitslosigkeit auszuarbeiten. Im letzten Winter waren nun in Finnland ungefähr 80 000 Personen arbeitslos. Nach eingehenden Untersuchungen der Arbeitslosigkeit schlug der Ausschuss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitsbeschaffung vor, und er lehnte im allgemeinen die Verteilung von Unterhaltungen ab. Der Ausschuss sieht eine Möglichkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darin, daß in Zeiten der Konjunktur öffentliche Arbeiten für Zeiten der Krise zurückgestellt werden. Zu diesem Zweck ist ein Fonds geschaffen worden, dem alle vom Parlament gewährten Kredite für öffentliche Arbeiten, die in guten Zeiten zurückgestellt werden müssen, zugeführt werden sollen. Weitere Verbesserungsmöglichkeiten sieht der Ausschuss in einem gut funktionierenden Arbeitsvermittlungssystem. Mit Hilfe von staatlichen Arbeitswerkstätten soll den Arbeitslosen Arbeit verschafft werden, und durch eine berufliche Umschulung will man sie in die Lage versetzen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine unmittelbare Barunterstützung der Arbeitslosen wird vom Ausschuss nur für einige Ausnahmefälle anerkannt.

In diesem Jahre hat die Arbeitslosigkeit in Japan mit 85 886 die höchste Ziffer seit der Einführung der Arbeitslosenstatistik im Jahre 1929 erreicht. Diese Tatsache gab der japanischen Regierung Veranlassung, eine positive Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzukündigen. Es handelt sich hierbei um einen fünfjährigen Plan öffentlicher Arbeiten, der nicht nur die Arbeitslosen beschäftigen, sondern auch zur Entlastung von Industrie und Handel und zur Vorbeugung gegen die Arbeitslosigkeit dienen soll. Er umfaßt eine Verbesserung des Seebahns, Hafenbau und Arbeiten zum Schutz gegen Überschwemmungen. Nach Schätzungen des Finanz- und des Finanzministeriums würden sich die Gesamtkosten dieser Arbeiten auf 365 290 Yen (100 Yen = 11,90 RM.) belaufen. Die notwendigen Mittel sollen durch Anleihen aufgebracht werden.

In allen Ländern wird also mit dem gleichen Mittel der öffentlichen Arbeitsbeschaffung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versucht, aber überall sind — wie auch in Deutschland — die Schwierigkeiten der Finanzierung erst zu überwinden, bevor diese öffentlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können. Da aber die Weltwirtschaftskrise, unter der alle Staaten leiden und der alle Staaten im Falle der Arbeitslosigkeit mit dem gleichen Mittel zu begegnen versuchen, die Aufbringung größerer finanzieller Mittel sehr stark erschwert hat, wird die Förderung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer nur eine Notmaßnahme bleiben.

„Notverordnungs-politik“

Die Erwerbslosen darben

Wir leben im Zeitalter der Notverordnungen. Dank der Arbeitslosigkeit des Reichstages und verschiedener Länderparlamente hat man zu diesem Regierungsmittel gegriffen. Notverordnungen sind Maßnahmen in Zeiten der Not. Dem Volke werden die Bestimmungen mit Gewalt aufgezwungen, freiwillig würde kein Stand irgendeine Bestimmung der Notverordnungen übernehmen.

Ueber Art, Form und Inhalt der Notverordnungen ist in den letzten Jahren weidlich geschimpft worden. Nicht ganz mit Unrecht. Wurden doch dem Volke dadurch Opfer und Lasten auferlegt, die fast untragbar sind. Die breite Masse des Volkes hat gegen die früher erlassenen Notverordnungen scharf Stellung genommen, weil sie nicht nur als eine einseitige Belastung der unteren Stände, besonders der Arbeiterschaft, schienen, sondern dies auch tatsächlich waren. Dabei kann man über den Erfolg der Notverordnungen noch sehr geteilter Meinung sein. Die durch Notverordnung erfolgte Lohnreduzierung hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Im Gegenteil, jene Kreise, die stur auf dem Boden der „Lohnsenkungspolitik“ standen, sind mit ihren Prophezeiungen elend daneben geraten. Wenn Lohnabbau in dem Maße mancher Wirtschaftskreise eine Wirtschaftsbesserung im Gefolge haben müßte, so warten wir auf diese Besserung, bedingt durch den Lohnabbau, schon reichlich lange, denn praktisch leben wir schon fast eineinhalb Jahr in Zeiten des Lohnabbaues. Aber auch heute spukt dieser Gedanke noch in den Köpfen mancher Wirtschaftler, trotzdem sich die Erkenntnis doch bald Bahn brechen müßte, daß jede weitere Einkommensminderung zu weiterem Kaufkraftschwund führen muß. Das Gesetz der Konsumkraft darf man jedoch nicht weiter verleihen, wenn man bedenkt, daß der Binnenmarkt die Ware zum größten Teil aufnehmen muß, weil sich das Ausland gegen jede Einfuhr deutscher Ware wehrt. Das sollten auch jene „echten Autarkisten“ (die übrigens nur Autarkie erstrebten, soweit es ihr persönlicher Vorteil ist) bedenken, daß Absatz für die Produktion nur da ist, wenn die Kaufkraft erhalten bleibt bzw. wieder hergestellt wird. Diese Kaufkraftkrisen aber sitzen zum größten Teile in der Arbeiterschaft, denn Deutschland ist fast reiner Industriestaat und kein Agrarstaat wie vor 100 Jahren.

Gewisse Kreise in Deutschland nahmen stärksten Stellung gegen die Notverordnungen der früheren Regierung, obgleich sie davon noch nicht einmal stark betroffen wurden. „Fort mit der Notverordnungsregierung, wir müssen wieder zu einem rechten Regieren kommen. Die Politik ist falsch, wie sie von der Regierung eingeschlagen wird. Laßt uns ans Ruder.“ — So konnte man monatelang hören und lesen. Es ist den Gegnern der früheren Regierung gelungen, diese zu stürzen. Nun sollte man meinen, die Politik der Notverordnungen wäre vorbei, jetzt würden die Laten der Opposition folgen. Aber nichts von alledem. Auch diese Regierung arbeitet mit den Mitteln, die jene Kreise, auf die sie sich stützt, an der alten Regierung verschrien haben. Sie arbeitet mit denselben Mitteln, nur mit dem Unterschiede, daß sie die jetzt verhängten Opfer einseitig auf die breiten Massen des Volkes abwälzt. Die Arbeiterschaft ist von der Notverordnung der neuen „Regierung der nationalen Konzentration“ am stärksten betroffen. Die neue Regierung hat es für notwendig gehalten, selbst jene Arbeitnehmer, die im Monat unter 125,— RM verdienen, mit einer Abgabe von 1,5 Prozent zu belegen.

Ist diese neue Belastung der Arbeiterschaft durch die Notverordnung schon eine äußerste Härte, so schreit es geradezu zum Himmel, wenn man sich die Kürzungen der Sätze für die Erwerbslosen vor Augen führt. Ueber die Höhe der Unterstützungssätze herrscht in manchen Kreisen auch heute noch große Unklarheit. Es wird oft so beiläufig gesagt, ja, die Erwerbslosen erhalten in der Woche immer noch 15,— bis 20,— RM, oder gar noch 25,— RM. Das ist vielleicht vor Jahren der Fall gewesen. Inzwischen ist aber eine mehrmalige Kürzung der Bezüge vorgenommen. Auch die neue Notverordnung spricht von einer Kürzung, die 23 Prozent im allgemeinen betragen soll. Das Wort allgemein ist dehnbar. So auch in diesem Fall. Aus den 23 Prozent werden in vielen Gruppen fast 50 Prozent. Hier einige konkrete Beispiele:

Ein lediger Erwerbsloser in Gruppe 11 erhielt bislang 18,90 RM die Woche, nach den neuen Sätzen nur 9,90 RM. Ein Erwerbsloser der höchsten Gruppe, etwa ein Angestellter mit 6 und mehr Zuschlagsempfängern, erhielt bislang in der Hauptunterstützungszeit 37,80 RM, nach den neuen Sätzen 24,30 RM. Doch auch in den Mittelgruppen, Lohnklassen 4—6, ist die Kürzung nicht geringer. Der Unterstützungssatz eines erwerbslosen Ledigen in Gruppe 6 betrug früher 11,55 RM, nach den neuen Sätzen nur 7,20 RM. Das sind 37,7 Prozent. In diese neue Gruppe (Zusammenfassung der Gruppen 4, 5 und 6) für solche Erwerbslose, die bis zu vier Zuschlagsempfängern haben, fällt eine große Zahl der Erwerbslosen. Kann ein erwerbsloser Lediger von 7,20 RM, in Orten unter 10.000 Einwohnern 6,— RM, leben? Nein, ein solcher Mensch muß dabei darben, er leidet bittere Not, besonders, wenn er allein im Leben steht. Wie viele aber gibt es, die davon Kleidung, Nahrung und Unterkunft selbst bestreiten müssen.

Ein anderes Beispiel: Erwerbslose mit vier Zuschlagsempfängern nach Gruppe 7 und 8 erhielten bislang 20,40 RM und 22,50 RM. — nach den neuen Sätzen nur 15,60 RM. Wo ist da die Grenze?

Es hat sich in manchen Wirtschaftsmeinen in den letzten Jahren die Gewohnheit eingenistet, junge Menschen, sobald sie das Lehrverhältnis beendet hatten, zu entlassen und andere einzustellen. Nur ein ganz geringer Prozentsatz dieser Entlassenen bekam wieder Arbeit. Wenn nicht, so bekam so ein junger Mensch bislang 5,00 Reichsmark die Woche (falls er als bedürftig anerkannt wurde), nunmehr erhält er 5,10 RM, in Orten unter 10.000 Einwohnern 4,50 RM, aber auch dann nur, wenn

er „hilfsbedürftig“ ist. Kann eine Familie einen jungen Menschen, der gerade in den Entwicklungsjahren steht, von diesem Satz ernähren? Kann sich ein alleinstehender Mensch in diesem Alter von einem solchen Satz ernähren, kleiden usw.?

Diese paar Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie es in Zukunft um die Bezüge der Erwerbslosen ausseht. Bei solchen Bezügen kann man nicht mehr von einem Leben in einem Kulturstaat sprechen. Diese Sätze sprechen jedem Wort von einem Kulturstaate Hohn. Es wird sozial vom sozialen Staate und vom sozialen Ausgleich geschrieben und geredet. Es wäre jetzt endlich an der Zeit, diese Worte praktisch auszuführen, indem die Kleinverdienste mancher Industrieführer und Generaldirektoren, wie sie heute noch vielfach gezahlt werden, in dem prozentualen Ausmaß der Erwerbslosensätze gekürzt würden. Dadurch ist auch eine Erleichterung der Produktions- und Gestehungskosten zu erreichen, die bisher im-

mer nur auf dem Wege des Lohnabbaues und der Kürzung der sozialen Lasten versucht wurde. Vielleicht sieht die neue Reichsregierung darin ihre „nationale, soziale“ Hauptaufgabe.

Doch kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Darlegungen zurück. Durch die neue Notverordnung ist die Arbeiterschaft am stärksten betroffen. Besonders die Erwerbslosen. Eine Regierung, die durch solche Maßnahmen ihre einseitige Einstellung bekundet, muß erwarten, daß die Arbeiterschaft ihre Laten mit Argusaugen beobachtet. Sie muß sich die schärfste Kampfanzeige gefallen lassen. Die Arbeiterschaft hat von einer Regierung der Junker und Großindustrie kein soziales Verständnis zu erwarten: Das haben ihre ersten Laten gleich gezeigt. Diese zeigen den bewußten Einschlag der Reaktion. Gegen diese Methode der Regierungskunst muß und kann sich die Arbeiterschaft nur durch Selbsthilfe helfen. Ihre Organisationen sind der Wall und Block, mit dem jede, wenn auch noch so reaktionäre Regierung rechnen muß. Diesen Druck gibt diese Regierung der „nationalen Konzentration“ eines Tages erkennen, daß in Deutschland wohl mit, aber nicht gegen die breite Masse des Volkes, gegen die organisierte Arbeiterschaft, regiert werden kann. W. G.

Notverordnetes Elend!

Immer furchtbarer beginnen die Auswirkungen der Papen'schen Notverordnung vom 14. Juni ihre Kreise zu ziehen. Sie steuern nachgerade einer Katastrophenpolitik entgegen. Eine von der Geschäftsstelle Krefeld unseres Verbandes veranstaltete Erhebung förderte erschütterndes Material zutage. Es seien hier einige wenige Fälle herausgegriffen. Sie lassen sich beliebig erweitern. Gegenstand der Erhebung war der Familienstand, das wöchentliche Einkommen, denen die sachlichen Ausgaben gegenüber gestellt wurden. Unter sachlichen Ausgaben im Sinne dieser Erhebung sind nur erfasst worden: Miete, Heizung, Licht und Wasser, also die Kosten des reinen Wohnungsbedarfs und die Versicherungsleistungen, die auf Grund eigener Vorsorge zu tätigen sind. Hierbei sind wiederum nur erfasst: Sterbekassenbeitrag, Krankenkassen- und Invalidenbeiträge und Lebensversicherungsprämien. Bei letzteren handelt es sich wiederum nur um schon jahrelang bestehende Verträge, deren jegliche Auflösung bezw. Nichterfüllung wesentliche Verluste nach sich ziehen würde.

Die benannten Fälle sind ferner bis auf eine Ausnahme solche, in denen noch irgend ein Einkommen aus Arbeit in der Familie liegt, auf Grund dessen in Anwendung der Wohlfahrtsrichtsätze bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bisherige Unterstützungen entweder ganz in Wegfall gekommen sind, oder auf einen kläglichen Rest zusammengeschrumpft worden sind. Bemerkenswert ist, daß in allen nachgeprüften Fällen die Notverordnungsbekanntmachung korrekt erfolgt ist. Rechenfehler oder falsche Berechnungen durch irgend eine amtliche Instanz sind also nicht festzustellen gewesen. Nun zu dem Ergebnis selbst. Es sind wahllos fünf Fälle aus dem Stadtgebiet Krefeld-Uerdingen herausgegriffen worden. Aus dem Stadtgebiet deshalb, weil hier noch gegenüber dem Landkreis höhere Fürsorgepflichtige zu Grunde liegen.

1. Familienstand und Einkommen:

Sfd. Nr.	Familienstand Personen	Einkommen aus Arbeit wöchentlich		dazu Unterstützung		also ein monatliches Einkommen
		RM	RM	bisher wöchentlich	jetzt wöchentlich	
1	5 Personen	22,00	18,00	—	—	88,00
2	4 „	16,40	22,50	—	—	65,60
3	4 „	15,00	14,30	3,40	—	73,60
4	2 „	12,10	11,55	—	—	48,40
5	2 „	—	14,65	12,00	—	48,00

2. Sachliche Ausgaben.

Sfd. Nr.	monatliche		Rebenausgaben für Wohnbedarf		Versicherung auf Grund eigener Vorsorge		also monatliche Ausgaben
	RM	RM	RM	RM	RM	RM	
1	45,50	4,80	—	2,80	—	—	53,10
2	28,32	5,—	—	3,50	—	—	36,82
3	35,—	6,—	—	3,40	—	—	44,40
4	24,—	4,30	—	2,70	—	—	31,—
5	25,—	5,—	—	3,80	—	—	33,80

3. der zur Befreiung der Lebenshaltung verbleibende Rest.

Sfd. Nr.	monatliche		verbleibender Rest		ab pro Tag u. Pers.
	Einnahme RM	Ausgabe RM	monatlich RM	pro Woche RM	
1	88,—	53,10	34,90	8,73	0,25
2	65,60	36,82	28,78	7,19	0,25
3	73,60	44,40	29,20	7,30	0,26
4	48,40	31,—	17,40	4,35	0,31
5	48,—	33,80	15,20	3,80	0,27

Also 25—31 Pfg. pro Tag und Person verbleibender Rest zur Befreiung des Unterhaltes! Wo bleiben die sonstigen zwingenden Ausgaben für Verschleiß an Kleidung und in der Wirtschaft? Von Ausgaben für kulturelle Zwecke kann unter diesen Umständen schon gar keine Rede mehr sein. Diese Zahlen zeigen eine zu deutliche Sprache, als daß sie noch einer Ergänzung bedürftig sind. Sie zeigen aber auch, wie unsinnig das bloße Hinhalten auf die Einnahmenseite bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit ist, wie gerade hier eine gewissenhafte Prüfung der einzelnen Ausgabenposten nötig ist für eine einigermaßen gerechte Beurteilung des wirklichen Grades der Bedürftigkeit. Die erfolgte Schematisierung

ist einer der unglücklichsten Griffe der Regierung gewesen. Unter solchen Umständen ist das Anwachsen der radikalen Flut nicht mehr so unverständlich. Klm.

„Akkordschweineerei“

So ist es in Wirklichkeit mit den „hohen“ Textilarbeiterlöhnen bestellt!

Wie erfolgreich der Kampf der Unternehmer und ihrer Syndikats gegen die nach ihrer Meinung zu hohen Textilarbeiterlöhne gesehen ist und wie verheerend die schon seit 1929 in Schlesien grassierende Wirtschaftskrise sich hinsichtlich des Arbeitseinkommens der Textilarbeiter ausgewirkt hat, haben wir schon verschiedentlich an Beispielen dargestellt. Leider kann es sich dabei meist nur um statistische Angaben für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum handeln. Fortlaufende, und was besonders wichtig ist, genaue und regelmäßige über einen längeren Zeitraum sich erstreckende Angaben sind selten zu beschaffen.

Ein langjähriger Vertrauensmann unseres Verbandes, beschäftigt in einer Leinen- und Baumwollweberei in Schlesien, hat uns nun vor kurzem seine Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt. Der Kollege hat seit der Inflation Woche für Woche seinen Bruttoverdienst als auch die Abzüge in einem Büchlein vermerkt. Wir geben im nachfolgenden eine Uebersicht über die Lohnentwicklung seit dem Jahre 1927 bis einschließlich März 1932, jeweils die Verdienste in den ersten fünf Monaten der einzelnen Jahre.

Der Weber verdient:

Jahr	Bruttoverdienst in den Monaten	März	Höhe der gezahlten Lohnzuschüsse	Durchschnittsverdienst in den Monaten	Sfg.	Abzugssatz in den Monaten	Efa.	Efa.	Veränderung des Verdienstes in %
1927	Jan.-Febr.	256,76	472	Jan.-Febr.	54,4	Jan.-Febr.	49,7	—	+ 9,5%
	März-Mai	454,29	766	März-Mai	59,3	März-Mai	54,1	—	+ 9,6%
1928	Jan.-April	489,57	839	Jan.-April	58,3	Jan.-April	54,1	—	+ 7,8%
	Mai	130,15	204	Mai	63,8	Mai	62,2	—	+ 2,6%
1929	Jan.-März	573,59	932	Jan.-März	61,5	Jan.-März	62,2	—	+ 1,1%
	April-Mai	368,46	479	April-Mai	76,9	April-Mai	65,2	—	+ 17,9%
1930	Jan.-März	274,77	401	Jan.-März	68,5	Jan.-März	69,3	—	+ 1,2%
	April-Mai	316,92	560	April-Mai	66,6	April-Mai	69,3	—	+ 18,3%
1931	Jan.-März	232,76	383	Jan.-März	60,0	Jan.-März	63,9	—	+ 6,1%
	April-Mai	415,86	887	April-Mai	46,9	April-Mai	53,8	—	+ 12,8%

Während also der Akkordrichtsatz im Frühjahr 1932 um 8 Prozent höher steht als im Januar 1927, ist der Akkorddurchschnittsverdienst des Webers im gleichen Zeitraum um 28,3 Prozent gesunken. Anders ausgedrückt: Der Akkorddurchschnittsverdienst liegt 12,8 Prozent unter dem Akkordrichtsatz. Der Druck, der infolge der Krise auf der Arbeiterschaft lastet, hält sie bedauerlicherweise davon ab, ihre Ansprüche auf die Tariflöhne geltend zu machen.

Bei diesem Kollegen handelt es sich um einen geübten und in den besten Jahren stehenden Weber. Man kann ihm daher schon glauben, wenn er meint, daß es so wie bei ihm, im ganzen Betrieb aussieht.

Daß bei solchen Löhnen die Frauen gezwungen sind, mit zur Fabrik zu gehen, leuchtet wohl ohne weiteres ein. Bezeichnend ist, daß dieser Kollege mit seiner Frau zusammen im Jahre 1931 nur 20,5 Prozent mehr verdient hat, als er allein im Jahre 1927.

Vor Jahren prägte einmal ein Unternehmer bei den schlesischen Tarifverhandlungen mit Bezug auf die Ueberverdienste das Wort von der „Akkordschweineerei“. In der Folgezeit wurde denn auch im Tarif festgelegt, daß Akkordstücklöhne ohne weiteres von der Durchschnittsverdienst mehr als 15 Prozent über dem Akkordrichtsatz liegt. Dieser Satz wurde später für fast alle Bezirksstarke auf 12 Prozent herabgesetzt. Die obige Mitteilung zeigt, daß man in diesem Betriebe nie von erheblichen Ueberverdiensten sprechen konnte. Der Ueberverdienst von 18 Prozent in den Monaten Januar-März 1930 scheint auf einem „Kalkulationsfehler“ zu beruhen, der dann auch schlenkig „berichtigt“ worden ist. Angesichts der Ueberverdienste in den letzten Jahren kann man mit Zug und Recht von einer „Akkordschweineerei“ sprechen. —

Weitere Tarifkündigungen in der Textilindustrie.

Für die Textilindustrie in Westfalen sind seitens des Arbeitgeberverbandes die Lohnsätze zum 30. August gekündigt. Es handelt sich um 42 Branchentarife, die etwa 200.000 Beschäftigte umfassen.

Für Ostfalen wurden die Lohnsätze ebenfalls, und zwar zum 13. August, gekündigt. Außerdem wurde hier noch der Tarif für den 31. Oktober angekündigt. Von diesen Tarifen werden 25-30.000 Beschäftigte erfasst.

Für Düren-Euskirchen wurde das Lohnabkommen zum 31. August gekündigt. Hier kommen etwa 5000 Beschäftigte in Betracht.

Ebenfalls kündigte die Kunstseidenaktiengesellschaft (vorm. C. Benrath jr. u. G.) den Lohnsatz zum 27. August.

Schiedspruch für die sächsisch-thüringischen Webereien.

Für die sächsisch-thüringischen Webereien wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnsenkung von 7 Prozent vorsieht. Der so geschaffene Lohnsatz soll erstmalig zum 31. 12. d. J. kündbar sein. Die Gewerkschaften haben diesen Spruch abgelehnt.

Die Ausgaben für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

In dem Etat des Reichsarbeitsministeriums werden die Ausgaben für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nur zum Teil und auch dann nur als durchlaufende Posten geführt. Die Ausgaben, die unter diesem Kapitel erledigt werden, verlangen aber nicht nur die Aufwendung größerer Ausgaben, sondern es sind auch geringe Einnahmen zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellen sich auf 8.041.700 RM. Diese Einnahmen bestehen zum größten Teil aus der Gewinnbeteiligung des Reiches an der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. und der Rückzahlung aus Darlehen und der Verzinsung solcher Darlehen für die verschiedensten Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge und der Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit. Die Ansetzung dieser Einnahmen beruht auf einer Schätzung.

Die Ausgaben dagegen betragen 909.230.000 RM. Der größte Posten darunter ist mit 852 Millionen RM die Ausgabe für die Krisenfürsorge des Arbeitslosen. Hieraus werden auch die Kosten für Verwaltungsmaßnahmen gedeckt, die geeignet sind, Aufwendungen des Reiches für die Krisenfürsorge zu vermeiden. Ferner dienen diese Mittel zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und auch zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Weiter zahlt das Reich an die Reichsanstalt zur Abgeltung der Kosten, die der Reichsanstalt bei der Durchführung der Krisenfürsorge entstehen, 39.900.000 RM. Vom Gesamtaufwand der Krisenfürsorge muß das Reich vier Fünftel tragen. Es zahlt der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Abgeltung der Verwaltungskosten, die ihr durch die Durchführung der Krisenfürsorge entstehen, einen Zuschlag von 5 v. H. auf die für Rechnung des Reiches verausgabten Krisenmittel. Für die Erhaltung des Ausfalls an Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, welcher der Reichsanstalt durch die Bezahlung der unter Tage beschäftigten Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaues und ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht entfällt, zahlt das Reich 8,1 Millionen Reichsmark an die Reichsanstalt ab. Die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge beansprucht 1,7 Millionen RM. Die Mittel werden für laufende Verpflichtungen aus Maßnahmen früherer Rechnungsjahre benötigt (Zinszuschüsse für Kredite, Zinszuschüsse für Rotkassenarbeiten, Darlehen für Vedlandkultivierung). Für den Landarbeiterwohnungsbauplan stehen noch Ausgabenreste aus dem Rechnungsjahre 1931 zur Verfügung, die vorzugsweise zur Vergrößerung der Landzulagen von Landarbeitereigenheimen verwendet werden sollen. Damit eine Verbilligung der Darlehen aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge erreicht wird, stellt das Reich seine Einnahmen aus der Gewinnbeteiligung an der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Höhe von 7,5 Millionen RM wieder der Gesellschaft zur Verfügung. Die Gesellschaft soll notleidenden Trägern daraus Zinszuschüsse bewilligen und den Betrag auch nötigenfalls zum Ersatz von Ausfällen an diesen Darlehen verwenden.

Verringerung des Vermögens der Sozialversicherung

Die Vermögensanlagen der Angestellten- und Invalidenversicherung sind auch im Mai wiederum zurückgegangen. Der Rückgang beträgt 28,4 Millionen RM, gegenüber 15,3 Millionen RM im April. Die Vermögensanlage der Invalidenversicherung ist damit mit 25,1 Millionen Reichsmark beteiligt, während auf die Angestelltenversicherung 3,3 Millionen RM entfallen. Die Verringerung des Vermögens der Angestelltenversicherung ist darauf zurückzuführen, daß die Angestelltenversicherung im Monat Mai Schuldverpflichtungen aus gestundetem Kaufgeld der im Jahre 1931 erworbenen Reichsbahnvorsorgeaktien abgedeckt hat. Durch diese Abdeckung und vor allem durch die Tatsache, daß die Einnahmen der Angestelltenversicherung ihre Ausgaben noch weiter übersteigen, hat sich das Vermögen aber erhöht. Die Verminderung des Vermögens bei beiden Versicherungsgruppen erstreckt sich auf fast sämtliche Anlagearten. Besonders stark vermindert ist der Bestand an Reichsanleihen. Er ging um 23,4 Millionen RM zurück. Die Hypotheken auf Wohnungsbaukrediten, der Bestand an Anleihen der Länder, die Darlehen an Länder, fliegen noch etwas an. Die Invalidenversicherung hat eine Verminderung der Vermögensanlagen der Invalidenversicherung zu Verrentungen verzeichnen müssen. Seit Jahresbeginn sind die Vermögensanlagen der Angestellten- und Invalidenversicherung um 46 Millionen RM zurückgegangen.

4 Pfg. Stundenlohn!

Eine Mark und zweiundneunzig Pfennig hat ein Jungarbeiter in dem Kalkwerk Adolf Willikens in Ober am Satz in einer wollenen Arbeitswoche verdient. Nach Abzug der sozialen Beiträge verbleiben dem Arbeiter noch 1,18 RM.

1,18 RM bekam der Junge in dem Rezipienten für Wohnung, Kleidung und Ernährung. Das paßt so recht zu den Ausführungen des nationalsozialistischen Hauptmanns Dr. Otto Wagener vom 7. 11. 1931, in denen er sagt:

„Bei uns werden Unternehmer und Arbeitnehmer zusammengefaßt: Eine Abstimmung wird aber nicht durchgeführt. Künftig werden die Betriebsräte den Unternehmer beraten, entscheiden muß aber natürlich stets der Unternehmer.“

Wie die Entscheidung ausfällt, zeigt dieses Ergebnis: 4 Pfg. Stundenlohn.

Eigenartige Streikabrechnung der Kommunisten

Wenn ein Streik proklamiert wird, sind die Kommunisten stets die ersten, die mit hochtrabenden Worten der Arbeiterschaft Schutz und Unterstützung versprechen. Kommt es dann zum Streik und sollen sie ihr Versprechen einlösen, dann verstummen sie. Während die organisierte Arbeiterschaft ihre Unterstützung von den Gewerkschaften erhält, sind die kommunistischen Anhänger meist auf Willkürlichkeit angewiesen. Sie bekommen Listen in die Hand gedrückt und müssen sammeln gehen, um einige Lebensmittel oder ein paar Pfennige Geld heranzuschaffen. Wenn die Sammlung von den Kommunisten selbst durchgeführt wird, dann ergeben sich sogar häufig ganz eigenartige Ueberraschungen. Als vor einiger Zeit in Nordwestböhmen die Bergarbeiter streikten, veranstalteten die Kommunisten wieder eine große Sammelaktion. Mit der Berechnung der gesammelten Beträge haben sie es nicht allzu eilig gehabt. Erst nach langem Drängen sind sie jetzt mit ihrem Bericht herausgerückt. Der Grund ihres Zögerns wird verständlich, denn es ergeben sich folgende interessante Einzelheiten:

Gesammelt wurden: 301.087,05 Kronen. Von diesem ausdrücklich für die Unterstützung der Streikenden zusammengebrachten Betrage haben die Arbeiter ganze 10.500 Kronen ausgezahlt bekommen. Dafür hat die „Hilfsaktion“ 7000 Kronen Zehrkassen vertrieben. Für Flugblätter wurden 10.000 Kronen hergegeben. Porto und Adressenstreifen kosteten 7500 Kronen usw. Verschiedene Lebensmittelhersteller haben 93.000 Kronen erhalten. Man ist also so vorzüglich gewesen, 45.000 Kronen zurückzulassen. Alles in allem geben die Kommunisten über 214.000 Kronen Rechnung. Was mit dem noch ganz erheblichen Restbetrag von 85.000 Kronen geschehen ist, darüber schweigt der Bericht. Eins bemerkt der Bericht aber wieder mit aller Deutlichkeit, nämlich daß den Kommunisten gar nicht daran gelegen ist, den Armen und Schwachen zu helfen, sondern daß sie deren Not und Elend jähzwecklos für ihre dunklen Machenschaften mißbrauchen.

Allgemeine Rundschau

Jahrespreisermäßigung für erwerbslose Jugendliche.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat bereits im April den Teilnehmern an Erwerbslosenkursen, die von den Arbeitsämtern eingerichtet waren, die Jahrespreisermäßigung der Schülerfahrkarten in Höhe von 50 v. H. gewährt. Nunmehr hat sie diese Vergünstigung erweitert. Die Jahrespreisermäßigung wird künftig auch den Erwerbslosen gewährt, die an den von staatlichen und kommunalen Stellen, sowie Vereinen und Verbänden veranstalteten Erwerbslosenkursen teilnehmen, soweit diese der staatlichen Organisation der Jugendpflege angehören. Die Reichsbahndirektionen haben Anweisung erhalten, den bei ihnen eingehenden Anträgen in diesem Sinne zu entsprechen. Wenn etwa noch andere Stellen, Schulverwaltungen, Arbeiter- und Handwerkervereine usw. kostenlos Kurse für Erwerbslose veranstalten und sich um Einbeziehung in die Jahrespreisermäßigung bemühen, so werden sie von den Reichsbahndirektionen an die Arbeitsämter, staatlichen oder kommunalen Stellen oder Vereine, die der staatlich organisierten Jugendfürsorge angehören, verweisen. Diese müßten dann als Träger der Veranstaltungen gegenüber der Reichsbahn antreten. Außer Schülerfahrkarten werden künftig auch Schülermonatskarten ausgeben, weil diese sich billiger stellen, wenn die Lehrgänge an fünf oder sechs Tagen in der Woche stattfinden.

Der französische Volkswohlstaatsminister weist im Zusammenhang mit diesem Erlass der Reichsbahn auf folgendes hin: Die Träger der bezeichneten Veranstaltungen richten die Anträge auf Gewährung der erweiterten Jahrespreisermäßigung durch Vermittlung des für den Ort der Veranstaltung zuständigen Regierungspräsidenten an die in Frage kommenden Reichsbahndirektionen. Die Regierungstellen haben zu prüfen, ob die für die Gewährung der Jahrespreisermäßigung erforderlichen Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind und haben mit dem Bemerk der Zustimmung gegenüber der Reichsbahn die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Jahrespreisermäßigung nur in solchen Fällen zuerkannt wird, in denen es sich wirklich um Veranstaltungen für erwerbslose Jugendliche handelt.

Seitenerhebung.

Der höchste Seizenüberschlag im Jahre 1931 hatte von den europäischen Ländern Polen mit 14,8 auf 1900 Einwohner. Dann folgen die Niederlande mit 12,5, Italien mit 10,1, Tschechoslowakei mit 7,5, Kanada mit 6, Deutschland mit 4,7, die Schweiz mit 4,5, Großbritannien mit 3,8 und Frankreich mit 1,8. Im Jahre 1919 betrug der Seizenüberschlag in Deutschland noch 14 auf 1000 Einwohner. Er ging dann ständig zurück, 1923 auf 5,3 und 1931 auf 4,7.

Die finanzielle Belastung der Arbeitnehmer.

In wie hohem Maße der deutsche Lohn- und Gehaltsempfänger durch direkte und indirekte Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge belastet ist, zeigt folgende Gegenüberstellung. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern muß an Steuern zahlen bei einem Jahreseinkommen von 500 RM in Deutschland 21,34 Prozent seines Einkommens, in Frankreich dagegen nur 9,99 Prozent und in England 12,83 Prozent. Ferner ist der verheiratete Arbeitnehmer mit zwei Kindern 200 RM, so muß er in Steuern zahlen in Deutschland 19,29 Prozent, in Frankreich 8,28 Prozent und in England 8,25 Prozent. Ferner verdient er 5000 RM, so muß er in Deutschland 15,30 Prozent seines Einkommens an Steuern zahlen, in Frankreich 3,67 und in England 3,74 Prozent.

Berichte aus den Ortsgruppen

Greifswald. Am 17. Juli unterzogen die Ortsgruppe Greifswald einen gutbesetzten Familienabend. Fast 1000 es, als ob der letzte derartiger Art, aber kein einziger blieb. Um 2 Uhr verabschiedeten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen am Nachhauseweg, um von dort zum Greifswalder See nach einem

Heideplätzchen zu wandern. Voran marschierten die beiden Jugendgruppen (Die Mädchen alle in schmucker, einheitlicher Kleidung) und der Mandolinenklub des kath. Jungmännervereins. So wurde dann unter Spiel und Gesang nach Dreiviertelstunde der Lagerplatz erreicht. Hier begann nach einem gut vorgetragenen Prolog der Kollegin Seuren „Unser Weg“, sofort ein munteres Treiben. Hatte doch der Vorstand keine Arbeit und Kosten gespart, um auch in dieser Notzeit wirkliche Freude aufkommen zu lassen. Den Anwesenden wurden die Getränke zum Einkaufspreis überlassen, und die Kinder wurden mit Süßigkeiten reich bedacht. Nach einem schönen Feiern der weiblichen Jugendgruppe begann der erste Teil der Kinderbelustigung, welche Kollege Hollfeger leitete. Hierbei wurde herzlich gelacht. Der Mandolinenklub sorgte unter Leitung von A. Gouff für die nötige Musik. Dann hieß der Vorsitzende, Kollege Josef Binkels, alle herzlich willkommen. Er forderte alle auf, dem Verband auch in schwerster Not die Treue zu halten. Gerade jetzt, wo die NSD. u. d. KPD. die Gewerkschaften zu zerlegen und durchwühlen drohen, wo Trübsnot durch jammervollen Parteikampf an der Tagesordnung steht, müßten wir als christliche Gewerkschaftler Ruhe und Ordnung wahren und kämpfen und werden für die Gewerkschaft und für unsere christliche Weltanschauung. Hieran schloß sich nochmals ein Reigen der Mädchen, welche zum Danke ein Paketchen mit allerlei nützlichen Sachen bekamen. Im zweiten Teil der Kinderbelustigung kamen auch „größere Kinder“ auf ihre Kosten. Nur allzu schnell verlag die Zeit, und um 7 Uhr wurde der Rückmarsch zur Heimat angetreten. In unserm Städtchen angekommen, trennten wir uns mit dem Bewußtsein, einen schönen Nachmittag verlebt zu haben. Wir wollen weiterhin, trotz der schweren Not, unsern Verband die Treue bewahren, damit er ungebrochen den Kampf um ein besseres Los und die Gleichachtung der Arbeiterschaft gegenüber anderen Ständen zum Wohle der gesamten christlichen Arbeiterschaft fortführen und zu Ende bringen kann. Das gebe Gott!

Reichenbach. Unsere Ortsgruppe hatte ihre Mitglieder und deren Angehörigen zu einem Ausflug nach Bertholdsdorf eingeladen. Obwohl die Morgenfrühe schönes Wetter versprochen hatte, zogen sich bald schwere Gewitterwolken zusammen. Um 2 Uhr war Umarmung vom Schützenplatz. Mittlerweile wurde das Wetter so, daß schon ziemlich viel Mut nötig war, um noch über Blitz und Donner zu lachen. Trotzdem bewegte sich ein stattlicher Zug, wie ihn die Ortsgruppe schon lange nicht gesehen hatte, dem Ziele, Tannerts Gasthaus, zu. Der gestürzte Regen blieb aus. Zwar suchten die Blitze und grölle der Donner. Doch bald konnte man beobachten, wie sich das Wetter verzog, um sich drüber über dem Vater Jobben zu entladen. Da kehrte auch die fröhliche Stimmung wieder. Ein wirkungsvoll vorgezogener Prolog leitete die Feier ein. Kollege Hoffmann hielt die Begrüßungsansprache. Der Redner versetzte dann die Zuhörer in die Anfänge unserer Bewegung und schloß in einträchtiger Weise die harten und erbitterten Kämpfe, die unsere alten Kämpfer führen mußten, um die Fahne des christlichen Textilarbeiterverbandes stetig vorwärts zu bringen. Diese Rede schuf den richtigen Grundton für die anschließende feierliche Ehrung des Geschäftsführers Kollegen Trepte, der sein 35jähriges Jubiläum feiern konnte. Seitens der Ortsgruppe wurden ihm ein Sessel und Blumen überreicht. Mit einem Hoch auf den Jubilar und den Verband fand die Feier ihren Abschluß. Kollege Trepte dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung und hielt ein Referat über unsere Bewegung. Darauf wurde das Flugblatt „Auf zum Kampf“ verteilt. Ein launiges Tafelstück leitete den gemütlichen Teil ein. Die Kinder wurden mit Süßigkeiten bedacht. Abends gab es warme Würstchen und Semmeln. Die Spielfahrt unter Leitung des Kollegen Rekowarik brachte frohe Pieser und vier Theaterstücke exakt zum Vortrag. In den Pausen wurde dem Lenge genüßigt. Viel Gelerntes erregte der Gruppenkonzert. Die schüchternen Junggefallen. Die späte Abendstunde machte zum Aufbruch. Kollege Hoffmann dankte nochmals allen denen, die zum Gelingen des Ausfluges und der einträchtigen Rundgebung beigetragen haben. Dann ging es unter Vorantritt der Hauskapelle und beim Scheine bunter Lampen den heimatischen Penaten zu. Allen Teilnehmern süßten die schönen Stunden noch lange in Erinnerung bleiben! Rekowarik.

Buchbesprechung.

Marcelle Capy: „Frauen im Joch“. Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Ein Buch vom Schicksal der Frau im Weltkriege. — Wenn es auch das Los französischer Frauen, der Frauen in Südfrankreichs Bauernhöfen ist, das — nicht zuletzt dank der vorzüglichen Uebersetzung der französischen Originalausgabe durch Dr. W. Frudy und W. Stellbogen — lebensnah und schlicht in diesen Aufzeichnungen vor uns aufsteht; im Grunde ist es doch menschlich und seelisch mit all seiner Not und seiner unbeantworteten steten Frage nach dem „Warum?“, nach dem letzten Sinn des Krieges überhaupt, ein Buch aller kriegsbedrohten Frauen. In Frauenleid und -opfern, in Verzicht und erlosbenem Hoffen klingt diese Frage immer wieder auf und klingt dem Buche selbst noch lange nach: „Wenn all jene Hände — — — sich um den großen Körper der Mutter Erde gefunden und ihn wärmend umschlossen hätten, diese Hände der Männer — — — und diese Hände der Frauen — — — wenn sie alle sich nun doch im Leben zum Leben gefunden hätten? — — — Wer hätte sie treuen können?“

Noch fehlt uns ein vergleichliches Buch von deutscher Frauenkriegsnot. Capys „Frauen im Joch“ mag bis dahin an seine Stelle treten.

Bekanntmachung

Betrifft: Invalidenunterstützung.

Nach § 33 Ziffer 7 der Verbandsstatuten ist vor Ablauf eines jeden Monats der Hauptgeschäftsstelle seitens der Ortsgruppenvorstände über die Anzahl der Invalidenunterstützungsfälle zu berichten. Die Mitteilung muß bis zum 20. eines jeden Monats erfolgen, auch dann, wenn sich an den Unterstützungsfällen nichts geändert hat. Vor Eingang der vorgeschriebenen Benachrichtigungen an die Hauptgeschäftsstelle wird in keinem Falle Unterstützung angewiesen. Der Hauptvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Nach der Entscheidung. — Der Wille der Gewerkschaften. — Arbeitslosenversicherung. — Krisenfürsorge. — Wohlfahrt. — Wohlfahrtsvereine. — Rotterordnungspolitik. — Rotterordnungsplan. — „Akkordschweimerei“. — Die Ausgaben für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — Verringerung des Vermögens der Sozialversicherung. — Weitere Tarifkündigungen in der Textilindustrie. — 4 Pfg. Stundenlohn! — Eigenartige Streikabrechnung der Kommunisten. — Feuilleton: Arbeitsbeschaffung in aller Welt. — Allgemeine Rundschau: Jahrespreisermäßigung für erwerbslose Jugendliche. — Seizenüberschlag. — Die finanzielle Belastung der Arbeitnehmer. — Berichte aus den Ortsgruppen: Greifswald. — Reichenbach. — Buchbesprechung. — Bekanntmachung.